Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: **C. Fontane,**
für Feuilleton und Vermischtes: **A. Koeckner,**
für den übrigen redakt. Theil: **H. Schmiedehaus,**
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil: **O. Knorre** in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in **Posen** bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Hull. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in **Gnesen** bei S. Chraplewski, in **Meseritz** bei Ph. Matthias, in **Wreschen** bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank."

Nr. 33.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 14. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

Amtliches.

Berlin, 13. Januar. Der König hat den Kreisdeputirten, Rittergutsbesitzer und Kammerherrn v. Pestel auf Haus Bruch im Kreise Melle zum Landrath des Kreises Melle ernannt.

Versetzt sind: der Amtsgerichts-Rath v. Einem in Kiel als Landgerichts-Rath an das Landgericht daselbst, der Amtsgerichts-Rath Schmidt in Osterwieck an das Amtsgericht in Wittenberg, der Amtsrichter Kaßner in Weißenfels an das Amtsgericht in Naumburg a. S. und der Amtsrichter Iven in Remscheid an das Amtsgericht in Köln, der Staatsanwalt Dr. Schulze-Vellinghausen in Bochum an das Landgericht in Frankfurt a. M. und der Staatsanwalt Sander in Münster an das Landgericht in Essen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bochum.

In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht: der Rechtsanwalt, Justiz-Rath Baum in Lauban bei dem Landgericht in Görlitz, der Rechtsanwalt Dr. Würmeling bei dem Landgericht in Münster, der Rechtsanwalt Waldeck bei dem Amtsgericht in Arolsen und der Rechtsanwalt Tallert bei dem Landgericht in Breslau.

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichts-Assessor Nötzel bei dem Amtsgericht in Bischofstein, der Gerichts-Assessor Dr. Julius Isaac bei dem Landgericht I. in Berlin, der Gerichts-Assessor Schönermarck bei dem Amtsgericht in Perleberg und der Rechtsanwalt Dr. Sturm in Naumburg a. S. zugleich bei dem Landgericht in Rudolstadt.

Der Landgerichts-Rath Hellwig in Hanau, der Landgerichts-Rath Günther in Torgau, der Amtsgerichts-Rath Rotter in Neisse, der Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Kuhlmeyer in Brandenburg, der Rechtsanwalt, Justiz-Rath Feldmann in Kiel, der Rechtsanwalt Dr. Eckels in Einbeck und der Rechtsanwalt Priebe in Thorn sind gestorben.

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung vom 13. Januar, 12 Uhr.

Präsident v. Levetzow: Ich habe die Ehre, dem Hause mitzutheilen, daß Seine Majestät der Kaiser das Präsidium des Reichstags gestern Vormittag in der erbetenen Audienz empfangen hat, um den Ausdruck der Gefühle ehrfurchtsvoller Theilnahme entgegenzunehmen über den Trauerfall, der Kaiser und Vaterland getroffen hat. Se. Majestät lassen dem Reichstag für die Theilnahme herzlich danken, indem Allerhöchst dieselben hervorheben die unermüdliche Thätigkeit, das über die Grenzen des Reiches weit hinausgehende Wirken der hohen Verewigten als Kaiserin und als Frau und ihr warmes Interesse für das Reich und alle deutschen Lande und Stämme, für die Verwundeten, Kranken und Elenden, für die Aufgaben der Frau auf dem Gebiete der Nächstenliebe. Hierdurch und durch ihre Pflichttreue, durch die Lauterkeit ihres Charakters werde ihr Andenken gesichert bleiben, wie das der Königin Luise von Preußen noch heute erhalten sei. Se. Majestät sprachen sodann über die Arbeiten des Reichstages und die allgemeine politische Lage, welche zur allerhöchsten Freude und Genugthuung Sr. Majestät die Erhaltung des Weltfriedens zur Zeit völlig gesichert erscheinen lasse. (Beifall.) Um den Frieden zu wahren, sei es durchaus erforderlich, daß Deutschland in seiner geographischen Lage und seiner Weltstellung nicht von Neuem seine militärischen Rüstungen vergesse, und nicht nur das Landheer, sondern auch für das jüngere Kind, die Flotte, unablässig sorge. Deshalb ließen Se. Majestät dem Reichstag danken für die kürzlich stattgehabten Bewilligungen des Marineetats, dessen Berathungen der Kaiser in allen Einzelheiten gefolgt wäre. Nachdem Se. Majestät noch sein Interesse an dem Bau des Reichstagshauses unter Berührung einiger von Fachmännern gehegten Bedenken ausgesprochen hatte, wurde das Präsidium entlassen.

Das Haus geht hierauf über zur zweiten Berathung des Militär-Etats. Die in Verbindung hiermit berathene Aenderung des Militärgesetzes (Neuformationen) wird ohne Debatte bewilligt.

Bei den fortdauernden Ausgaben, Titel 1, „Kriegsminister" bemerkt

Abg. Richter: Der größere Theil der Erhöhungen im gegenwärtigen Militäretat ist eine Folge des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke, und ebenso sind andere Erhöhungen der einzelnen Titel eine Folge der Abänderung des Reichsmilitärgesetzes, welches eben beschlossen worden ist. Unter diesen Umständen ist einer Beschlußfassung über die Erhöhung des Ordinariums thatsächlich ein ziemlich geringer Spielraum gelassen. Ich habe mich im Verlauf der Verhandlungen der Budgetkommission an einer großen Zahl von Stellen bemüht, bei verschiedenen Titeln Absetzungen anzuregen oder zu beantragen. Ich habe bei diesen Bestrebungen bei keiner anderen Partei in der Budgetkommission Unterstützung gefunden. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses enthalte ich mich, diese Anregungen zu erneuern, und behalte mir auch vor, allgemeine Anregungen, die ich in einzelnen Titeln in der Kommission gegeben habe, in einer anderen Session weiter zu verfolgen. Nur in einem Punkte möchte ich von dem Recht des Hauses Gebrauch machen, hier allgemeine Punkte zur Sprache zu bringen.

Ich habe während meiner parlamentarischen Laufbahn nur sehr selten Veranlassung genommen, über die Behandlung der gemeinen Soldaten zu sprechen, weil die Berichte, die uns dieserhalb zugehen, in der Regel mehr individueller Natur sind. Jetzt aber handelt es sich um die Beschwerden genereller Art auf Grundlage eines sehr umfangreichen Materials, das mir vorliegt. Diese Beschwerden beziehen sich auf die Behandlung der Volksschullehrer bei den sechswöchentlichen Uebungen, die in diesem Jahre im September und Oktober stattgefunden haben. Es liegen mir in dieser Beziehung 19 Briefe von Lehrern vor, die entweder selbst unter einer ungehörigen Behandlung gelitten haben oder Zeugen einer solchen Behandlung ihrer Kameraden aus dem Lehrerstande waren. Diese Beschwerden betreffen nicht blos einzelne Orte, sondern eine Reihe verschiedener Orte, an denen die Lehrer sich ihren Uebungen unterzogen haben: Königsberg, Gumbinnen, Danzig, Graudenz, Kottbus, Stralsund, Breslau, Erfurt, Hamburg, Braunschweig, Celle und Trier, also Orten aus allen Theilen des Landes. Zu meinem Bedauern richten sich diese Beschwerden fast ausschließlich gegen Sekonde- und Premierlieutenants und erst in zweiter Linie gegen Unteroffiziere und Sergeanten. Die Beschwerden sind verschiedener Art. Zunächst wird allgemein Klage geführt über die Ausdrücke, mit denen diese Mannschaften, die zur Ausbildung herangezogen worden sind, von den Vorgesetzten belegt werden. Kasernenausdrücke mit einem gewissen treffenden, derben Humor mögen ja ganz verzeihlich sein bei manchen Vorkommnissen auf dem Exerzierplatz; aber es werden auch Ausdrücke gebraucht, die sowohl unwürdig sind für diejenigen, welche sie gebrauchen, als auch für die, welche damit bezeichnet werden. Es sind Vergleiche dieser Mannschaften aus dem Thierreich nach allen Richtungen, Ausdrücke wie: Hammel, Ochs, Schaf, Schwein, Schweinehund, blödsinniges Schaf u. s. w., sodann Ausdrücke, welche menschliche Qualifikation wie Lümmel, Hallunke, Schuft, Strolche, Kaffer u. s. w., theilweise so unflätige Ausdrücke, daß man sie nicht einmal in den Mund nehmen, geschweige denn vor dieser Versammlung aussprechen kann. Bei solchen unwürdigen Ausdrücken ist es nicht nur verblieben, sondern es wird weiter berichtet von thätlichen Mißhandlungen. In Königsberg wurden von einem Lieutenant Braune einigen Leuten ein paar Ohrfeigen verabreicht. In Trier wurde von einem Prem.-Lieutenant Mejer ein Lehrer geohrfeigt, daß er wegen aufgeschwollenen Gesichts zwei Tage im Revier lag; derselbe Lieutenant hat auch noch andere Lehrer geohrfeigt. Dann hat ein Lieutenant Onais in der Instruktionsstunde mehreren Leuten mit dem Stocke auf den Rücken geschlagen. Andere Mißhandlungen werden weniger bestimmt ausgesprochen. Es handelt sich bei den so Behandelten theils um provisorisch angestellte Lehrer im Alter von 23 bis 24 Jahren, theils um Lehrer, die schon angestellt sind, im Alter von durchschnittlich 27 Jahren. Es sind ihnen gegenüber Beschimpfungen, die die gesammte Lehrerschaft herabwürdigen und beleidigen, vorgekommen, und zwar gerade mit Bezug auf ihren Beruf als Lehrer, und zwar offen auf dem Exerzierplatz. Es fielen Ausdrücke wie „verfluchte Dorfschullehrer, Fibelhelden, verdammte Kameruner" oder „es kommt immer vor, daß die Schulmeister die dämlichsten sind" u. s. w. In Celle hat der Premierlieutenant sämmtliche Schulmeister bezeichnet als 42 wahnsinnige Schulmeister. In Erfurt bezeichnete der Offizier die Schullehrer als ein dummes, faules Volk. Es wurde oft noch in besonders beleidigender Weise auf ihren Beruf zurückgekommen. Ein Sergeant in Kottbus gab einem Lehrer, weil er eine falsche Wendung gemacht hatte, eine Strafarbeit, in welcher er mehrmals abzuschreiben hatte: „Wir sind Alle Ochsen", und erklärte, er werde ihm, wie einem ungezogenen Knaben sein Lehrerbewußtsein schon austreiben. In mehreren Briefen wird darüber geklagt, daß die Unteroffiziere von den Offizieren geradezu aufgefordert werden, die Lehrer derart zu behandeln. So sagte in Stralsund Premierlieutenant Haupt: Die Volksschullehrer sind ein hochschneuziges Volk; nehmen Sie die Leute vor, daß Sie Blut schwitzen. Und in Westpreußen hat ein Offizier die Unteroffiziere vor den Lehrern gewarnt, dieselben seien eine gefährliche Blase. In Schlesien sagte ein Lieutenant zu einem Feldwebel: jagen Sie doch den Hund bis zum Verrecken. Gegen diesen Vorgang ist es ja schon mehr humorvoll, daß in Erfurt der dirigirende Lieutenant die Lehrer überhaupt nicht als Menschen anerkennt.

Es macht überhaupt den Eindruck, als ob die Lieutenants, die vielleicht erst seit Kurzem von der Schule herunter sind, den ganzen Aerger, den sie in ihrer Jugend an den Lehrern gehabt haben, nun an ihnen auszulassen suchen. Es treten da sehr eigenthümliche Erscheinungen zu Tage. So äußerte ein Lieutenant: Da kommen diese grünen Bengels mit 21 Jahren zu Anstellung und nun sollen wir sie zurecht stutzen. Ein Lieutenant Kadelbach sagte: die Lehrer sind der Fluch der Nation, sie bringen die revolutionären Gedanken in das Volk: er sprach von einem erbärmlichen Lehrerpack. Alle diese Ausdrücke sind zum größten Theil in die Oeffentlichkeit gedrungen. Es wird in dieser Beziehung von Lieutenant Nickse in Kottbus eine Geschichte erzählt, die sich auf dem Exerzierplatz zugetragen hat und von den Schülern beobachtet wurde. Ein Lehrer hatte wegen des Examens einen Tag Urlaub erhalten, und als er sich wieder zurückmeldete, eine falsche Wendung gemacht. Der Lieutenant sagte: Bataillon! Marsch! Dann fragte er: „Was sind Sie?" Der Gefragte sagte: „Lehrer". — „Noch viel lauter, so daß man es überall hören kann!" ruft ihm der Lieutenant zu. Der Lehrer wiederholt recht laut: „Lehrer!" — „Ja wohl!" sagte der Lieutenant zu den Versammelten, „seht euch das Schwein an, das ist ein Lehrer, der hat gestern sein zweites Examen gemacht. Er ist ebenso dumm und noch dümmer als ihr."

Das ist eine Blumenlese aus den Berichten, die mir vorliegen. Auch schon in einigen Zeitungen gab die unwürdige Behandlung Veranlassung zu Berichten. Das aber, was ich bis jetzt vorgebracht habe, hat noch in keiner Zeitung gestanden. Aus den Zeitungen füge ich noch Folgendes hinzu: In der „Pädagogischen Zeitung" wird darüber geklagt, daß die Lehrer so schlecht behandelt werden. Das „Gothaische Tageblatt" berichtet, daß ein Unteroffizier befohlen habe, 24 Mann in der Kaserne einem Lehrer je 5 Stockhiebe zu geben. Es wird ferner hinzugefügt, daß der Tod eines Lehrers zwar nicht durch die Mißhandlung, wohl aber durch vielleicht das Straf-Exerzieren mit herbeigeführt worden. Auch in der bayerischen Armee klagt man über die unwürdige Behandlung der Lehrer.

Diese unwürdige Behandlung der Lehrer geht nicht von den höheren Offizieren aus, und ich erkenne das ausdrücklich an. Es ist sogar vorgekommen, daß bei mehreren Vorstellungen die höheren Offiziere sich über die Ausbildung, welche die Lehrer empfangen, und über das musterhafte Verhalten derselben anerkennend geäußert haben. Aber ich mache dann den höheren Offizieren den Vorwurf, daß sie nicht mit aller Energie darauf dringen, daß der unwürdigen Behandlung ein Ende gemacht werde. Es kann, wenn bei den Lehrern ein solches Verfahren Platz greift, sehr leicht auch möglich sein, daß den andern Rekruten gegenüber in ähnlicher Weise verfahren wird, welche nicht so leicht im Stande sind, den Thatbestand richtig zu Papier zu bringen.

Ich bedauere, die Sachen hier öffentlich zur Sprache bringen zu müssen, und ich hoffe, daß generell von oben herab eine angemessene Behandlung — nicht nur Remedur in einzelnen Fällen — den unteren Verwaltungen eingeschärft wird, so daß ich nicht nöthig habe, in der folgenden Session neue Klagen vorzubringen. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Verdy: So mißlich derartige Vorfälle und Beleidigungen eines ganzen Standes sind, so muß man doch diesen Verhältnissen dreist ins Gesicht sehen, und ich nehme keinen Anstand, zu sagen, daß derartige Vorkommnisse etwas höchst Betrübendes sind. (Bravo! links.) Auch uns sind derartige Klagen vorgelegt, ein Fall hat Erledigung gefunden durch die Bestrafung der Betreffenden, die andern sind noch in der Untersuchung begriffen. Ich muß aber auch darauf hinweisen, daß diese einzuleitenden Untersuchungen uns sehr erschwert werden, wenn nach so und so viel Monaten durch die Oeffentlichkeit Dinge zur Sprache kommen, die gerade bei den Elementen, von denen hier die Rede ist, am allerersten auf dienstlichem amtlichem Wege zur Erledigung gebracht werden sollten. (Sehr wahr! rechts.) Denn gerade vom Lehrer verlange ich, daß er, entsprechend seinen Kenntnissen, sich diejenigen Mittel und Wege sucht, sein Recht zu finden, die ihm dienstlich offen stehen. Wo er Recht hat, wird ihm Recht werden. (Beifall rechts.) Und nun sage ich ganz offen: wenn man derartige Sachen im Einzelnen untersucht, wird man oft auf eigenartige Momente treffen, die mir wenigstens sehr viel zu denken und zu erwägen geben. Diese Herren haben eine Begünstigung, die unserer allgemeinen Wehrpflicht in hohem Maße widerspricht, von ihnen kann man am allerersten erwarten, daß sie strebsame und eifrige Soldaten sind. Aber in sehr vielen Fällen leisten sie nicht das, was ein Reservesoldat aus dem Volke leistet (Sehr wahr! rechts), und es wird sehr wohl zu überlegen sein, ob man bei dieser Sachlage ihnen derartige Begünstigungen noch weiter zu Theil werden läßt. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Formell ist die Antwort des Herrn Kriegsministers ja durchaus richtig; aber der dienstliche Weg ist nicht immer leicht zu beschreiten. In einem Briefe heißt es: die Unteroffiziere rathen mir, von einer Beschwerde abzusehen, obgleich sie das mir zugefügte Unrecht anerkennen, weil es dann nur noch schlimmer wird. Meine Kameraden rathen mir auch von einer Beschwerde ab. Es ist ja möglich, daß in dem einzelnen Fall dem Beschwerdeführer sein Recht wird. Aber bei unseren übrigen militärischen Verhältnissen sind die Leute dem diskretionären Ermessen der Vorgesetzten derart unterworfen, daß diejenigen, welche einmal Unrecht bekommen haben, in der Lage sind, sich auf das Schwerste an dem Mann zu rächen. Es ist eine starke Anforderung an den Muth, von solchen Lehrern, die in einem Abhängigkeitsverhältniß stehen, nicht bloß den Militärbehörden, sondern auch den Civilbehörden gegenüber zu verlangen, daß sie einzig und allein auf dem Wege der dienstlichen Beschwerde ihr Recht zu erlangen suchen. Auch gerade das, was der Herr Kriegsminister gesagt hat, ist nicht sehr einladend. (Sehr richtig! links.) Denn wenn bei einer solchen Beschwerde gleich die Erklärung kommt: wir werden euch euere Dienstzeit ganz anders und länger gestalten — und zwar bei dieser Gelegenheit erfolgt, so heißt das, einen anderen allgemeinen Nachtheil dem Lehrerstande in Aussicht stellen, weil er über schlechte Behandlung im einzelnen sich glaubt beschweren zu müssen. Die Begünstigung der Lehrer ist ja vorhanden; aber sie ist doch nicht der Lehrer wegen, sondern im öffentlichen Interesse ertheilt, um eine größere Zahl von Bewerbern für das Schulamt zu bekommen, weil die Zahl der Bewerber sehr zurücksteht hinter dem Bedürfniß. Ob das anders werden soll, mag man an sich beurtheilen; der Umstand, daß die Lehrer nur sechs Wochen dienen, darf jedenfalls nicht im Entferntesten die Ursache sein, daß sie in einer Weise behandelt werden, die der ganzen preußischen Armee unwürdig ist.

Bayerischer Bundesbevollmächtigter v. Xylander: Herr Abg. Richter hat auch Bayerns gedacht. In der bayerischen Kammer kamen gleichfalls Beschwerden zur Verhandlung, am 19. November 1889, und dort ist der Grundsatz ausgesprochen worden, daß alle Beschimpfungen im Wege des Disziplinar- wie des gerichtlichen Verfahrens geahndet werden.

Abg. Frhr. v. Ellrichshausen (Rp.) führt aus, daß Deutschland hinsichtlich der Militärausgaben erst die vierte Stufe unter den Mächten Europas einnehme, und betont die Nothwendigkeit, keine Abstriche am Etat vorzunehmen; nur beim Extraordinarium könnten Zweifel gestattet sein.

Abg. Richter: Ich habe meine Bitte nicht speziell an den bayerischen Bundesbevollmächtigten, sondern an die Reichskriegsverwaltung gerichtet. Es ist mir nichts bekannt geworden, daß im bayerischen Landtage über die Sache verhandelt worden ist. Es beweist das aber, daß man auch dort auf parlamentarischem Wege Anlaß genommen hat, der Sache näher zu treten. Zu Gunsten der bayerischen Einrichtung spricht es, daß die Gerichtsverhandlungen über solche Mißhandlnngen öffentlich geführt werden. Das Schwurgericht in Würzburg hat einen Unteroffizier, der einen Soldaten am Ohrlöffel hin- und herzog, zu 10 Tagen Militärarrest verurtheilt. Wenn wir allgemein ein öffentliches Verfahren hätten, so würden bei solchen Mißhandlungen die Leute viel mehr Vertrauen und Muth haben, sich zu beschweren, und solche Verurtheilungen würden auch mehr abschreckend wirken, als eine, die nur einem kleinen Kreise bekannt wird.

Abg. Rickert: Auf die Mißhandlungen will ich nicht eingehen; so viel steht fest, daß diese Verhandlnngen auf keine Partei einen günstigen Eindruck gemacht haben. Wir haben zu dem Kriegsminister, der ja auch mit aller Bestimmtheit seine Mißbilligung aussprach, das Vertrauen, daß er alle Mittel in Bewegung setzen wird, das aus der Welt zu schaffen, was ihm und der Militärverwaltung ebenso peinlich sein muß, wie uns.

Ich erlaube mir eine Anfrage über die Beschäftigung der Arbeiter in den Gewehrfabriken. Die Verwaltung soll in der Regel Arbeiter annehmen, welche unter 40 Jahre alt sind. Nach der veränderten Organisation der Kassen fällt der bisherige Grund hierfür weg. Ich möchte sodann die Bitte an den Herrn Kriegsminister richten, die Arbeiter, die nach dem Brand der Danziger Gewehrfabrik durch die plötzlich eingetretene Arbeitslosigkeit in große Noth gekommen sind, möglichst anderweit zu beschäftigen.

Kriegsminister Verdy du Vernois: Der ersten Angelegenheit werde ich durch eine Verfügung näher treten. Was den zweiten Punkt anbelangt, so ist für die brotlos gewordenen Arbei-

ter eine andere Beschäftigung angeordnet worden, sodaß dieselben im Dienste bleiben.

Abg. Kuhlemann (ntl.): Im Allgemeinen sollen wir nur dann im militärische Beschwerden eingreifen, wenn auf andere Weise ein Rechtsschutz nicht zu erlangen ist. Ich gebe aber zu, daß direkte Beschwerden der Soldaten thatsächliche Bedenken haben, ohne daraus der Militärverwaltung einen Vorwurf machen zu wollen, weil das vielleicht durch die strenge Disziplin bedingt wird. Es wäre daher den Lehrern zu empfehlen, sich gleich nach Beendigung der Uebungszeit an die betreffende Aufsichtsbehörde zu wenden, damit sofort Remedur eintritt. Ich halte es nicht für wünschenswerth, die Frage der Uebungsdauer der Lehrer mit diesen Beschwerden in Verbindung zu bringen. Im Gegentheil, statt so die Entscheidung abzuschwächen, wäre es angebracht, durch eine besondere Verfügung den von Herrn Richter geschilderten Uebelständen abzuhelfen: Es darf eine solche Schädigung eines ganzen Standes auf keine Weise geduldet werden.

Kriegsminister v. Verdy du Vernois: Welcher Art Beschwerden über Mißhandlungen geahndet werden, ist den Herren allen bekannt. Jede Mißhandlung wird zur Kenntniß Sr. Majestät gebracht und dann dem Kriegsministerium zur Bearbeitung übergeben. Ich glaube sagen zu dürfen, daß ein neuer Druck des Reichstags hier nicht nöthig erscheint.

Abg. Frhr. von Unruhe-Bomst (Reichsp.) glaubt, die Beschwerden der Lehrer würden aufhören, wenn sie sich erst daran gewöhnt hätten, mit den übrigen Ersatzreservisten zusammen zu dienen.

Abg. Richter: Alles, was ich gesagt habe, bezieht sich auf die letzten Uebungen und darauf, daß bereits in diesem Herbst Lehrer mit anderen Ersatzreservisten ausgebildet worden. Daraus, daß trotzdem die gefallenen Beschimpfungen als Beleidigungen aufzufassen sind, ergiebt sich, daß die Uebungen zusammen mit Personen anderer Berufsklassen nicht geeignet waren, den Charakter dieser Beschimpfungen zu mildern, im Gegentheil, es hat die Beschimpfung verschärft. Denn wenn solche Ausdrücke fallen nicht vor einem engeren Kreise, sondern vor der ganzen Kompagnie, in der sich auch andere Berufsklassen befinden, Ausdrücke, wie, daß die Lehrer dümmer wären, als die dümmsten Bauernbengels, dann werden solche Ausdrücke entschieden schärfer und schlimmer empfunden, als im internen Lehrerkreise. Gerade bei den sechswöchentlichen Uebungen, also in den meisten Fällen bei der zweiten Uebung, befinden sich Lehrer, welche bereits angestellt sind, mit einem Durchschnittsalter von 27—29 Jahren. Wenn diesen eine solche Behandlung zu Theil wird, so sind die Klagen erheblich berechtigter, als bei jüngeren Leuten, die sich eher etwas gefallen lassen können.

Damit schließt die Diskussion, der Titel wird bewilligt.

Bei Kapitel 25 „Naturalverpflegung“ hat die Kommission Erhöhungen beantragt, nämlich in Titel 4 „Brot- und Fourageverpflegung“ für Preußen statt 51 289 953 Mark 53 236 023 Mark, für Sachsen statt 4 336 527 Mark 4 591 975 Mark, für Württemberg statt 2 700 320 Mark 2 760 162 Mark zu bewilligen.

Abg. Frhr. v. Buol (Centrum): Die Gewährung einer höheren Entschädigung bei Quartierlasten und Naturalleistungen während der Manöver, die jetzt im Etat vorgesehene Entschädigung sei zu gering, und eventuell müsse der Etat erhöht werden. Vielleicht könnten auch ohne Erhöhung der Etats größere Summen zu diesem Zweck verfügbar gemacht werden, wenn die Magazinverpflegung während des Manövers fortfalle.

Generallieutenant Stockmarr erwidert, daß es nicht möglich sei, auf die Magazinverpflegung im Manöver zu verzichten, da es durchaus nothwendig sei, die Beamten des Magazins und der Intendantur, welchen die Verpflegung der Truppen im Kriege obliegt, bei dieser Gelegenheit auszubilden.

Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn erklärt, daß bezüglich der von der Kommission vorgeschlagenen Etatserhöhung ein Beschluß des Bundesraths zwar noch nicht gefaßt sei, er aber begründete Veranlassung habe, anzunehmen, daß diese Erhöhung des Etats einen Widerspruch seitens der verbündeten Regierungen nicht erfahren wird. — Die Anregung des Abg. Frhr. v. Buol verdiene zwar sorgfältig geprüft und erwogen zu werden, er müsse aber darauf aufmerksam machen, daß eine Erhöhung des Etats hier von höchster finanzieller Tragweite sei, da sie sich sofort auf Millionen belaufe. Und eine derartige Mehrbelastung des Reichs und der Steuerzahler müsse nach Möglichkeit vermieden werden.

Damit schließt die Diskussion. Die von der Kommission vorgeschlagenen Erhöhungen des Etats werden bewilligt, desgl. das ganze Kapitel.

Zu Kapitel 34 Titel 1 „Reisekosten und Tagegelder“ beantragt Abg. Dr. Haarmann (nl.), die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Position im nächsten Etat angemessen zu erhöhen, um den Mannschaften des stehenden Heeres im Fall der Urlaubsertheilung alljährlich für eine Reise in die Heimath freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen zu gewähren. Den Mannschaften würde es bei den weiten Entfernungen der Garnison von der Heimath oft sehr erschwert, ihre Angehörigen zu besuchen, und es entspräche der Billigkeit, hier Erleichterung eintreten zu lassen.

Abg. Freiherr v. Ellrichshausen (Reichsp.) stimmt dem Antrage zu, wünscht aber, daß die Einjährig-Freiwilligen von der Maßregel ausgenommen werden.

Abg. Richter hält den Antrag für gut gemeint, macht aber darauf aufmerksam, daß, wenn dadurch dem Reiche finanzielle Opfer auferlegt würden, die Behörden leicht weniger Urlaub ertheilen würden, namentlich dort, wo die Ausgaben erhebliche sind, bei weiten Entfernungen von der Heimath bis zur Garnison. Das Finanzinteresse werde in Konflikt mit der Urlaubsertheilung treten. Der Konflikt könne vielleicht durch eine andere Formulirung gelöst werden. Er beantrage daher kommissarische Berathung.

Der Antrag Haarmann geht darauf an die Budgetkommission; das Kapitel wird bewilligt.

Der Rest des Ordinariums wird debattelos bewilligt.

Bei den Einmaligen Ausgaben erklärt:

Abg. Richter: Ich möchte zur Abkürzung der Debatte für meine politischen Freunde die allgemeine Erklärung abgeben: wir können uns den Bewilligungen, die im Extraordinarium verlangt werden auf Verbesserungen des Waffenwesens, der Munition und der Ausrüstung nicht entziehen, aus den Gründen, die uns klar dargelegt sind. Wir sind ebensowenig dagegen, gewisse Neubauten, die in Angriff genommen werden, in Verbindung mit der Dislokation und Verlegung von Truppentheilen der Armee an die Grenze zu bewilligen. Wenn aber solche Neuausgaben im Extraordinarium nothwendig sind, so meinen wir, daß um so mehr andere Bauten, die nicht in diese Rubrik fallen, vermieden werden müssen. Die Abstriche der Kommission gehen uns in dieser Beziehung nicht weit genug. Wir waren in der Kommission grundsätzlich gegen die Inangriffnahme von Neubauten im Interesse des Landes in diesem Jahre angesichts anderer Bauten, die nicht zu vermeiden sind. Wir waren auch gegen den Bau neuer Kasernen im Innern, um so mehr, als der Kriegsminister in der Kommission erklärt hat, daß der früher aufgestellte Kasernirungsplan veraltet sei, und er beabsichtige für die nächste Session einen neuen Kasernirungsplan aufzustellen. So kann es kommen, daß bei Aufstellung eines neuen Planes manche der jetzt in Angriff genommenen Kasernenbauten sich als weniger nothwendig und zweckmäßig herausstellen, als wie sie im Etat erscheinen. Außerdem sind wir aus den bekannten Gründen prinzipieller Art gegen die weitere Ausdehnung der Offizierkasinos, gegen den jetzt beliebten weiteren Bau von Garnisonkirchen, weil wir eine solche Scheidung zwischen Bürgern und Militär, wie sie durch derartige Einrichtungen herbeigeführt wird, nicht für richtig halten. Nach der Geschäftslage des Hauses und mit Rücksicht darauf, daß unsere diesfallsigen Anträge in der Kommission eine Unterstützung anderer Parteien entweder nur vereinzelt oder überhaupt nicht gefunden hatten, verzichten wir, bezügliche Anträge hier zu stellen.

Die Titel 9 „Mehlmagazin in Magdeburg 141 800 M.“, 10 „Magazingebäude in Gleiwitz 14 500 M.“, 12 „Magazingebäude in Hanau 7300 M.“ werden gestrichen. Von Titel 12 „Verschiedene Magazinanlagen“ werden 200 000 M., von Titel 16a. „Konservenfabrik in Spandau“ 234 000 Mark abgesetzt.

Bei Titel 26 „Neubau einer Kaserne für das Gardes du Corps-Regiment in Potsdam“ bemerkt

Abg. Dr. Baumbach: Wir haben in der Kommission diese Position besonders deshalb bewilligt, weil uns von dem früheren Kriegsminister in Aussicht gestellt war, daß die jetzige Kaserne neben der Akademie hier in Berlin dann für andere Zwecke frei werden würde. Nun sehen wir aber, daß das Grundstück vom Militärfiskus hier wieder benutzt wird, indem hier militärische Bureaus in das Grundstück gelegt werden, so daß sich jene Aussichten nicht realisirt haben. Bei dieser Sachlage wäre zu überlegen, ob diese Position nicht doch noch abgesetzt werden soll.

Kriegsminister v. Verdy: Seit den Kommissionsverhandlungen hat sich insofern ein Novum ergeben, als ersichtlich geworden ist, daß das betreffende Grundstück gar nicht dem Reich gehöre, sondern der Grund und Boden zum Marstallgrundstück gehöre, also Besitzer somit das Oberhofmarschallamt ist. Bezüglich der weiteren Benutzung dieses Grundstücks darf aus dem Umstand, daß augenblicklich militärische Bureaus dorthin verlegt worden sind, nicht gefolgert werden, daß es nicht in Zukunft für andere Zwecke verfügbar wird. (Beifall.)

Abg. Richter: Nach der Erkärung des Kriegsministers gehört die weitere Verfolgung der Sache in das preußische Abgeordnetenhaus. Es muß befremden, daß die preußischen Herren Minister diese Frage mit so wenig Aufmerksamkeit verfolgt haben, daß der Herr Kriegsminister von allen diesen Dingen gar keine Kenntniß haben konnte. Im preußischen Abgeordnetenhause ist wiederholt fast in jedem Jahre darauf hingewiesen worden, in welchen Nothstand die Bibliothek und die Akademie dadurch gerathen, daß die weitere Ausdehnung derselben wegen der dazwischen liegenden Gardes du Corps-Kaserne nicht möglich ist. Nachdem von militärischer Seite diese Hindernisse weggeräumt sind, ist zu erwarten, daß seitens der Civilministerien die Sache mit aller Energie verfolgt werden wird.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Der Rest des Extraordinariums wird ohne erhebliche Debatte den Kommissionsbeschlüssen entsprechend erledigt. Gestrichen werden Tit. 41 „Kaserne in Stolp“, Tit. 42 „Feldfahrzeugschuppen in Frankfurt a. d. O.“, Tit. 43 „Militärarrestanstalt in Erfurt“, Tit. 45 „Erweiterung des Garnisonverwaltungsdienstgebäudes in Posen“, Tit. 49 „Kaserne in Meißen“, Tit. 50 „Kaserne in Oppeln“, Tit. 51 „Kaserne in Düsseldorf“, Tit. 55 „Bureaugebäude in Koblenz“, Tit. 59 „Garnisonarrestantenanstalt in Saarbrücken“, Tit. 60 „Erweiterung der Infanteriekaserne in Blankenburg“, Tit. 64 „Infanteriekaserne in Osnabrück“, Tit. 73 „Erweiterung der Feldartilleriekaserne in Karlsruhe“, Tit. 167 „Garnisonlazareth in Freiburg“, ferner Titel 3 des Außerordentlichen Etats „Kaserne in Halle a. S.“ Diese Streichungen beziehen sich fast durchweg auf erste Raten und betragen im Ganzen 1 180 500 Mk.

Abgesetzt werden von den bei den einzelnen Etatstiteln in Aussicht genommenen Summen: bei Tit. 37 „Kaserne in Stettin dritte Rate“ 234 000 M., bei Tit. 65 „Kavalleriekaserne in Darmstadt“ 500 000 M., bei Tit. 66 „Erweiterung der Artilleriekaserne in Darmstadt“ 335 000 M., bei Tit. 67 „Kaserne in Mainz“ 127 400 M., bei Tit. 71 „Artilleriekaserne in Karlsruhe“ 310 900 M., bei Tit. 72 Kaserne in Karlsruhe“ 512 000 M., bei Tit. 81 „Erweiterung des Exerzierplatzes bei Allenstein“ 444 500 M., bei Tit. 84 „Erweiterung der Barackenlager“ 500 000 M., bei Tit. 88 „Garnisonlazareth in Potsdam 100 000 M., bei Tit. 94 „Garnisonlazareth in Inowrazlaw“ 50 000 M., bei Tit. 103 „Traindepot in Danzig“ 250 000 M., bei Tit. 107 „Neu- und Umbauten auf den Remontedepots“ 138 000 M., bei Tit. 143 „Infanteriekaserne in Straßburg i. E.“ 190 000 M., bei Tit. 152 und 153 „Kaserne in Mörchingen“ 600 000 M., desgleichen für verschiedene kleinere Bauten und Erweiterungen 206 000 Mark. Vom württembergischen Etat werden 750 000 Mark (Garnisonexerzierplatz in Stuttgart), vom Außerordentlichen Etat des Extraordinariums 1 240 000 M. abgesetzt.

Die Einnahmen werden unter Streichung einer von der Kommission neu eingestellten Summe von 278 200 Mark (Verkauf des Terrains einer Garnisonbäckerei in Stettin) bewilligt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Wahlprüfungen und Petitionen).

Schluß 4¼ Uhr.

Deutschland.

*** **Berlin,** 13. Januar. Daß die Ansetzung der Neuwahlen zum Reichstag auf den 20. Februar sehr erheblich zur Beschleunigung der Arbeiten des Reichstags beiträgt, hat die Erledigung des Militäretats in einer einzigen nicht allzu langen Sitzung bewiesen. Obendrein wurde der größte Theil der Verhandlung durch die Erörterung der Beschwerden der Volksschullehrer über die Behandlung in Anspruch genommen, welche denselben bei der Ableistung der jährlichen Uebungen zu Theil geworden ist. Aber selbst, wenn man davon absieht, muß man anerkennen, daß der Reichstag die Bewilligung von 376 Millionen in außerordentlich kurzer Zeit zu Stande gebracht hat. Im vorigen Jahre hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ dem Reichstage das Beispiel der französischen Kammer vorgehalten, welche nach ihrer Rechnung eine Million Franks in der Minute bewilligt haben sollte. Wenn das der Maßstab für parlamentarische Berathungen ist, so hat der Reichstag heute mindestens das Doppelte geleistet. Von der zweiten Berathung des Etats sind jetzt bis auf die zurückgestellten Positionen des Militäretats nur noch die Materien im Rückstande, welche im Laufe der zweiten Berathung an die Budgetkommission zurückverwiesen wurden, zunächst das Absteigequartier des Kaisers in dem Frankfurter Postgebäude, über welches die Entscheidung dem nächsten Reichstage vorbehalten ist und dann die Frage der Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten, die fürs Erste mit einer allgemeinen Resolution abgethan werden soll. Die zweite Lesung des Etats wird also in einigen Tagen beendigt sein. In der Pause zwischen der zweiten und dritten Lesung soll dann die Postdampfervorlage auf die Tagesordnung kommen. Ueber die Frage, wie es mit dem Sozialistengesetz werden wird, gehen die Meinungen noch ziemlich weit auseinander, was beweist, daß über die Absichten der Regierung auch jetzt noch nichts bekannt ist. In einigen Zeitungen wird die Sache so dargestellt, als ob die Berathung über das Sozialistengesetz bis weit in den Februar hinein verschoben werden könnte, so daß über das Schicksal des Gesetzes im Bundesrath z. Z. der Neuwahlen eine Entscheidung noch nicht vorliegen werde. Diese Annahme entbehrt aber jeder thatsächlichen Grundlage; wenn Regierungen und Parteien bezüglich der Fragen des Ausweisungsrechts an der Auffassung festhalten, welche in der Kommission maßgebend gewesen ist, so wird die zweite Berathung des Gesetzes ein definitives Resultat nicht ergeben, da die Schlußabstimmung über das Ganze des Gesetzes erst bei Beendigung der dritten Lesung stattfindet. Falls demnach in der zweiten Lesung eine Verständigung zwischen den Nationalliberalen und Konservativen nicht zu Stande kommt, würde das Ganze des Gesetzes in der dritten Lesung abgelehnt werden. Eine Unterlage für den Beschluß des Bundesrathes wäre in diesem Falle nicht vor-

---

Trommelnde Fische.

Von Dr. Otto Zacharias.

(Nachdruck verboten.)

In der sprichwörtlichen Redensart, welche von einem wortkargen Menschen sagt, er sei „stumm wie ein Fisch“, wird die Stimmlosigkeit dieser Thiergruppe so zuversichtlich behauptet, daß man glauben könnte, es sei niemals eine Ausnahme von der im Allgemeinen giltigen Regel beobachtet worden. Und doch ist es eine den Naturforschern und Seefischern wohlbekannte Thatsache, daß nicht alle Fische stumm sind. Einzelne Arten erfreuen sich wirklich der Fähigkeit, gewisse girrende, knurrende oder pfeifende Laute hervorzubringen. Dies ist z. B. bei mehreren Species der Gattung Trigla der Fall, die davon auch populäre Namen, wie Meerschwalbe, Seekukuk, Knurrhahn u. s. w. erhalten haben. Insbesondere ist letzterer (Trigla gurnardus) wegen des knurrenden Geräusches bekannt, welches er mittels der Gelenke seiner Kiemendeckel erzeugt. Es ist ein Fisch von nur unbedeutender Größe (30—60 Zmtr.), der in unserer Nord- und Ostsee ziemlich häufig vorkommt. Der Besitz von 3 freien Strahlen vor den Brustflossen setzt ihn in den Stand, außerordentlich gewandt auf dem Meeresgrunde umherzukriechen. Im Aquarium zu Berlin hat man nicht selten Gelegenheit, die merkwürdige Fortbewegungsweise der Knurrhähne zu beobachten. In einem der dortigen Bassins sind fast immer Exemplare von Trigla gurnardus ausgestellt. Es sind schwarzbraune oder graue, an den Seiten mit farbigen Tupfen gezierte Fische.

Auch der gemeine Flughahn (Dactylopterus volitans), der sich ähnlich wie der bekannte fliegende Fisch der Tropen mit seinen großen Brustflossen weit über das Wasser fortzuschnellen vermag, besitzt das Vermögen, durch das Kiemendeckelgelenk deutlich vernehmbare Laute zu erzeugen. Bei Cottus scorpius, dem sogenannten Seeskorpion, einem Bewohner der Nord- und Ostsee, wird ein knurrendes Geräusch durch die krampfhaft bewegten Muskeln des Vorderkörpers (Schultergürtels) hervorgebracht, welches durch die Resonanz der Mund-Rachenhöhle noch erheblich verstärkt wird. Hierüber sind wir durch die experimentellen Forschungen des Prof. L. Landois vollständig aufgeklärt worden. Zu jenen Stümpern in der Hervorbringung von Lauten gesellt sich nun aber noch ein in diesem Bezug virtuos begabter Fisch, der auch mit seinem Aeußern einen sehr vornehmen Eindruck macht, insofern er ein prachtvoll blaues Schuppenkleid trägt, welches auf den Seiten mit gelben Streifen geschmückt ist. Der Name dieses distinguirt aussehenden Geschöpfes ist Balistes aculeatus, und das von ihm hervorgebrachte Geräusch gleicht dem Schalle einer kleinen Trommel.

Als Prof. K. Möbius (jetzt Direktor des unlängst eröffneten königl. Museums für Naturkunde in Berlin) am 21. September 1874 nahe bei der Insel Mauritius eine Segelfahrt unternahm, erblickte er einen derartigen Fisch in dem Momente, wo derselbe zwischen einer Gruppe buschig sich ausbreitender Korallen hin- und herschwamm. Es war ein etwa 20 Zmtr. langes Exemplar. Blitzschnell ergriff der Genannte sein Handnetz, verfolgte den Fisch und erbeutete ihn. Auf Möbius flacher Hand liegend, ließ der Fisch aus seinem Innern einen starken Trommelwirbel hervorschallen, wobei sich ein bestimmter Hautbezirk an der Seite des Thieres vibrirend bewegte. Es konnte leicht festgestellt werden, daß weder die Zähne, noch die Stachelstrahlen der vorderen Rückenflosse, noch auch der Kiemendeckel jenes sonderbare Geräusch verursachten, denn der Trommelschall dauerte fort, auch wenn jene Organe festgehalten wurden. Professor Möbius kam damals nicht dazu, eine genauere Untersuchung des frisch gefangenen Balistes aculeatus vorzunehmen, aber er hat dies neuerdings nachgeholt und nun erwiesen, daß jener trommelähnliche Schall im Leibes-Innern des genannten Fisches unter Mitwirkung der Schwimmblase desselben zu Stande kommt. Aus einer soeben erschienenen, höchst interessanten Abhandlung, welche Möbius über dieses Thema in den Sitzungsberichten der Königlichen Akademie der Wissenschaften publizirt hat, entnehme ich das Nähere über die physikalischen und physiologischen Bedingungen, unter denen jenes merkwürdige Trommelgeräusch im Bauche des Balistes entsteht. Löst man die Hautdecke an derjenigen Körperstelle des Fisches ab, wo am lebenden Thiere die stärksten Schwingungen während des Trommelns zu bemerken sind, so findet man, daß darunter gar keine Segmente des

handen. Praktisch würde es also zu demselben Ergebniß führen, wenn von der dritten Berathung überhaupt abgesehen wird. Jedenfalls wird z. Z. eine Verlängerung der Session über Anfang Februar hinaus als ausgeschlossen betrachtet. —

— Die Mittheilung des „Frankf. Journals", daß ein Verbot der „Kreuzztg." auch für Militärkasinos u. s. w. ergangen sei, ist in dieser Form nicht zutreffend. Gleichwohl hört man, daß auch ohne ein solches besonderes Verbot der Leserkreis der „Kreuzztg." in Offizierskreisen sich erheblich vermindert hat. Schon die frühere Kundgebung gegen die „Kreuzztg." im „Reichsanzeiger" hat die Wirkung gehabt, das Organ des Frhrn. von Hammerstein durch die „Nordd. Allg. Ztg." zu verdrängen. Inzwischen veröffentlicht der Vorsitzende des konservativen Wahlkomites im Bielefelder Kreise in der „Neuen Westf. Volksztg." eine Erklärung gegen die „Berl. Pol. Nachr.", wonach eine Wahlagitation bisher überhaupt noch nicht in Angriff genommen sei. Es habe nur eine Komitesitzung und darnach eine vertrauliche Besprechung in einem ganz beschränkten Kreise stattgefunden. Bei diesen Gelegenheiten aber sei nichts gesagt worden, was den Behauptungen der „B. Pol. Nachr." irgenwie entspräche. Immerhin scheinen trotz der Beschränkung der Besprechungen auf die Komitekreise Mittheilungen über diese Verhandlungen an den Landrath von Ditfurth gelangt zu sein, welche zu dem Schreiben des Kaisers an Geh. Rath Hinzpeter Veranlassung gegeben haben. Ueber den wirklichen Verlauf der Dinge wird eine Erklärung nicht ausbleiben. Uebrigens verlautet jetzt schon, daß infolge dieser Vorgänge eine Spaltung der Konservativen im Kreise Bielefeld sich vorbereitet, und daß seitens der gemäßigt Konservativen die Kandidatur des Landraths von Ditfurth in Aussicht genommen ist. In diesem Falle würde das Schicksal der Kandidatur Hammerstein lediglich vom Verhalten der Zentrumspartei abhängig sein.

— Am Sonnabend Nachmittag konferirte der Kaiser noch einige Zeit mit dem Staatssekretär des Aeußern, Grafen Herbert Bismarck. — Am Sonntag Vormittag wohnte der Kaiser mit der Kaiserin, den königlichen Prinzen und Prinzessinnen und den Allerhöchsten und Höchsten fremden Fürstlichkeiten, den königlichen und den prinzlichen Höfen, der gesammten Generalität, dem aktiven Staatsministerium, den Mitgliedern des diplomatischen Korps und den Damen und Herren der Hofgesellschaft 2c. einer Gedächtnißfeier für die Kaiserin Augusta in der Kapelle des königlichen Schlosses bei, welche vom Ober-Hof- und Domprediger D. Kögel abgehalten wurde, während Hofprediger Schrader die Liturgie hielt und vom Domchor die liturgischen Gesänge ausgeführt wurden. Im Kaiser-Wilhelm-Palais fand dann noch zur Mittagszeit auf besonderen Wunsch der Großherzogin von Baden in der Hauskapelle Gottesdienst und Abendmahlsfeier statt, an welcher sich mit dem Großherzog und der Großherzogin von Baden auch die Gefolge und der gesammte Hof der Kaiserin Augusta, die General-Adjutanten Kaiser Wilhelm I. und viele andere Hofchargen 2c. betheiligten. Die Abendmahlsfeier selbst wurde wiederum vom Ober-Hof- und Dompfarrer D. Kögel vollzogen. Nachdem der Kaiser nach beendetem Gottesdienste in der Schloßkapelle in sein Arbeitszimmer zurückgekehrt war, empfing derselbe zunächst das gesammte königliche Staatsministerium und hierauf das Präsidium des Reichstages. Später hatte alsdann auch noch der Botschafter Frankreichs am hiesigen Hofe, Mr. Herbette, die Ehre des Empfanges. Am Nachmittage konferirte der Monarch mit dem Staatssekretär des Aeußern Grafen Herbert Bismarck. Heute Vormittag unternahm der Kaiser zunächst eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten und einer Promenade in den dortigen Anlagen. Auf der Rückkehr begab sich der Kaiser nach der Wohnung des Staatssekretärs des Aeußern, Grafen Herbert Bismarck, und hatte mit demselben eine längere Unterredung. Später arbeitete der Kaiser im königlichen Schlosse längere Zeit mit dem Chef des Zivilkabinets Wirkl. Geheimen Rath Dr. v. Lucanus und empfing im Beisein des Staatssekretärs des Aeußern Grafen Herbert Bismarck den bisherigen Gesandten Württembergs am hiesigen Allerhöchsten Hofe Grafen v. Zeppelin behufs Ueberreichung seines Abberufungsschreibens in feierlicher Abschieds-Audienz. Später wurde noch der Oberpräsident der Rheinprovinz v. Berlepsch und hierauf auch noch der Herzog von Ratibor empfangen.

— Bei dem gestrigen Empfange des Präsidiums des Reichstages anläßlich des Ablebens der Kaiserin Augusta nahm der Kaiser Veranlassung, auch über die Arbeiten des Reichstags zu sprechen und demselben für die Annahme des Marineetats in zweiter Lesung zu danken. Der Kaiser bemerkte, daß die allgemeine politische Lage zu seiner höchsten Freude und Genugthuung die Erhaltung des Weltfriedens z. Z. als völlig gesichert erscheinen lasse; um den Frieden weiter zu wahren, sei es gleichwohl durchaus erforderlich, daß Deutschland in seiner geographischen Lage und bei seiner Weltstellung nicht versäume, seine militärischen Rüstungen im besten Stande zu erhalten und nicht nur für das Landheer, sondern auch für das jüngere Kind, die Flotte, unablässig zu sorgen.

— Die Kaiserin Friedrich hat von Berlin aus an die Hinterbliebenen Döllingers nach München folgendes Beileidstelegramm gesendet:

„Ich nehme den innigsten und aufrichtigsten Antheil an dem Dahinscheiden Ihres Oheims Reichsraths v. Döllinger, in welchem ich einen selten hervorragenden und verdienstvollen Mann verehrte, und dessen Tod einen schmerzlichen Verlust für die ganze gebildete Welt bedeutet. Kaiserin Friedrich."

Der Prinzregent von Bayern sandte einen kostbaren Kranz; ebenso die Kammer der Reichsräthe und der Abgeordneten. Der Magistrat von München beschloß, wie schon telegraphisch gemeldet, gestern in geheimer Sitzung die Niederlegung eines Kranzes am Grabe des Professors v. Döllinger und die Abordnung einer Gemeindedeputation zum Leichenbegängniß. Die „Neuest. Nachr." erfahren von zuverlässiger Seite, daß Döllinger die ihm kurz vor seinem Tode angebotenen Dienste des geistlichen Rathes Rathmayer von St. Ludwig abgelehnt hat und bis zum Ende seinen religiösen Grundsätzen treu geblieben ist. Beerdigung und Trauergottesdienst werden in altkatholischer Weise vollzogen werden, wozu Bischof Reinkens erwartet wird.

— Prinzessin Sofie hat, wie aus Athen gemeldet wird, von der Kaiserin Friedrich zum Weihnachtsgeschenk zweiundvierzig Meter kostbarer Spitzen geschenkt erhalten, die von schlesischen Frauen mit der Hand gearbeitet worden sind.

— Der Sultan beabsichtigte aus Anlaß des Heimganges der Kaiserin Augusta eine außerordentliche Mission zu seiner Vertretung bei der Trauerfeier zu entsenden. Da die Kürze der Zeit die Ausführung dieses Wunsches verhinderte, hat der Sultan, wie die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt, telegraphisch seinen Botschafter in Berlin, Tevfik Pascha, beauftragt, ihn in spezieller Mission bei den Begräbnißfeierlichkeiten zu vertreten. Zugleich befahl der Sultan, einen mit seinem Namen Abdul Hamid bezeichneten Kranz zu Füßen der hohen Entschlafenen erhabenen Andenkens niederzulegen.

— In London fand gestern der Trauergottesdienst zur Gedächtnißfeier der Kaiserin Augusta in der deutschen Kapelle von St. James statt. Das Personal der deutschen Botschaft, Fürst Viktor Hohenlohe, mehrere Vertreter auswärtiger Mächte und die Angehörigen der deutschen Kolonie wohnten dem Gottesdienste bei.

— In Spindelmühl will man, dem „Hirschb. Tgbl." zufolge, aus sicherer Quelle wissen, daß der Kaiser von Oesterreich künftigen Sommer wegen seines Nervenleidens daselbst wohnen wolle. Es soll dies auf Veranlassung des Bischofs von Prag geschehen, welcher selbst mehrere Jahre Spindelmühl besucht hat und von einem schweren Nervenleiden befreit worden ist. Der Kaiser soll auf die warme Empfehlung des Bischofs hin den Besuch des genannten Kurorts bestimmt in Aussicht gestellt haben. Seitens des Bischofs sei dem dortigen Ortsgeistlichen diese Mittheilung gemacht worden.

— Die „Staaten-Korr." meldet, daß außer den bereits erwähnten Vorlagen dem Landtage auch eine Novelle zum Beamten-Pensionsgesetz zugehen wird, welche insbesondere bestimmt ist, die Art und Weise der Anrechnung früherer Dienstjahre zu reguliren und die bestehenden diesbezüglichen Unzuträglichkeiten zu beseitigen. Eine weitere und zwar sehr dringliche Angelegenheit, mit welcher sich der Landtag zu befassen haben wird, ist der Bau eines neuen Abgeordnetenhauses. Voraussichtlich werden dem Landtage Situationspläne über die in Frage kommenden Bauplätze zugehen und es ist nur sehnlichst zu wünschen, daß man über die vorliegende Frage endlich ein befriedigendes Einverständniß erziele. Neben der schon erwähnten Wiedervorlage der Gesetzentwürfe, betreffend die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden und der Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in Schlesien, wird dem Landtage auch eine Haubergordnung unterbreitet werden. Dagegen haben neuerliche Erwägungen bezüglich der Wiedereinbringung des Gesetzentwurfes, betreffend die Theilung des Reg.-Bezirkes Schleswigs zu einem negativen Ergebniß geführt. Was die soviel erörterte Angelegenheit der Steuerreform anbetrifft, erscheint es nach den Informationen des offiziösen Blattes nicht ausgeschlossen, daß bei Eröffnung des Landtages Erklärungen von maßgebender Seite abgegeben werden, aus welchen hervorgehen wird, daß auf die Durchführung der seiner Zeit angekündigten Reform der direkten Steuern keineswegs verzichtet, sondern allen Ernstes bestanden wird.

— Nach den vom Reichstagspräsidium getroffenen Dispositionen soll im Reichstage erst der Etat erledigt, alsdann in die Berathung der Postdampfervorlage eingetreten und erst in dritter Linie die Berathung des Sozialistengesetzes in Angriff genommen werden.

— Die preußische Unterrichtsverwaltung stellt zur Zeit Erhebungen an über die Zahl der jungen Leute, die privatim für den Eintritt in die Lehrerseminare vorbereitet werden. Der Lehrermangel ist schließlich so groß geworden, daß irgend welche Mittel zur Abhilfe ergriffen werden müssen. Schon 1886 standen den 75 097 Schulklassen nur 64 290 Lehrkräfte (Rektoren, Hauptlehrer, Oberlehrer, Klassenlehrer, Lehrerinnen, Hilfslehrer, Lehrgehilfen, Adjuvanten u. s. w.) gegenüber, so daß etwa 11 000 Klassen ohne besondere Lehrkraft waren. Seitdem ist der Lehrermangel stetig gestiegen. So waren z. B. nach einer soeben veröffentlichten Uebersicht in einem einzigen Kreise Schlesiens (Habelschwerdt), der durchaus nicht auffallend schlechte Verhältnisse zeigt, für 167 Schulklassen nur 120 Lehrer vorhanden. Zieht man in Betracht, daß 1886 außerdem noch von den bestehenden Schulklassen fast die Hälfte überfüllt war — 1 546 366 Kinder saßen in Klassen mit 71 bis 90 bezw. 81 bis 100 Schülern, 600 504 Kinder in Klassen mit 91 bis 120 bezw. 101—150 Schülern und 86 503 Kinder in Klassen mit mehr als 120 bezw. 150 Schülern — so erhält man ein Bild von den derzeitigen preußischen Volksschulverhältnissen. Aus allen Landestheilen wird eine Abnahme der Lehramtskandidatenzahlen gemeldet. In Schleswig-Holstein finden seit mehreren Jahren nicht nur halbwüchsige, in der Vorbereitung auf den Lehrerberuf begriffene Knaben Anstellung im Schuldienste, sondern selbst Handwerker und Landwirthe, die sich dazu bereit finden lassen. In Hessen-Nassau sind die Präparandenschulen nur noch zur Hälfte gefüllt. In Westpreußen wollte es nicht gelingen, die Seminarkurse zu füllen, es mußten Nachprüfungen veranstaltet werden, und junge Leute, die sich zum Eintritt in die Präparandenanstalten gemeldet hatten, wurden nach dreimonatlichem Unterrichte ins Seminar befördert, während die Vorbereitung sonst 2—3 Jahre erfordert. In Posen werden von den Kreisschulinspektionen Lehrerinnen aufgefordert, sich um vakante Lehrerstellen zu bewerben, die ihnen mit dem für die Lehrer bisher gezahlten Einkommen übertragen werden sollen. Aehnliche Meldungen liegen aus fast allen Provinzen vor. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Verhältnissen nicht nur die augenblickliche unterrichtliche Versorgung der Jugend leidet, sondern auch die Qualifikation des Lehrpersonals stark herabgedrückt wird, da es nicht möglich ist, die Anforderungen in derselben Höhe zu stellen, wie bei normalem Angebot. Trotzdem ist von Seiten der Regierung nichts weiter geschehen, als daß die Prämien, die den privaten Präparandenbildnern gezahlt werden, in etwas größerem Umfange bewilligt wurden. Vielleicht zeigt das Ergebniß der jetzt angestellten Erhebung, daß auf diesem Wege kein gut befähigtes und ausreichend vorgebildetes Lehrpersonal zu erhalten ist. Gehälter von 510, 540, 600—750 Mark sind nicht geeignet, dem Lehrerberufe neue Kräfte zuzuführen. Von den städtischen Lehrern Preußens, die Lehrerinnen ausgeschlossen, hatten 1886 fast ein Viertel unter und bis 900 Mark, mehr als die Hälfte unter und bis 1200 Mark, und nur ein Siebentel (zumeist Hauptlehrer und Rektoren) über 1800 Mark. Auf dem Lande hatte ein Drittel unter und bis 750 Mark, zwei Drittel unter und bis 900 Mark und weniger als ein Elftel über 1200 Mark. Damit ist hinreichend bezeichnet, daß nicht nur die jüngeren Lehrer ein Arbeitereinkommen vielfach nicht erreichen, sondern daß Tausend auch später über ein Gehalt von 750 Mark wenig hinauskommen. Ehe diese Gehaltssätze beseitigt sind, wird es schwerlich gelingen, der preußischen Volksschule eine solche Zahl von frischen Kräften zuzuführen, als sie bedarf, um in ihren Leistungen den Anforderungen der Zeit an den Volksunterricht zu genügen.

Seiten-Rumpfmuskels liegen; dagegen gewahrt man, daß daselbst ein Theil der Schwimmblase (in Form eines Dreiecks) hervortritt, welcher mit einer aus weißen Fasern bestehenden Platte bedeckt ist. Die Schwimmblase selbst ist geschlossen; mithin kann dieselbe durch selbständige Bewegungen und durch das Ausstoßen von Luft keinen Schall erzeugen. Wie kommt es nun, so muß man fragen, zu jenem auffälligen Trommeln, wenn nicht eine Art Klöppel vorhanden ist, der rhythmisch auf die gespannte Membran der Blase aufschlägt und das wirbelnde Geräusch produzirt?

Möbius löste dieses Problem, indem er die Anwesenheit eines „grätenförmigen Knochens" entdeckte, der in der Höhe der Brustflossen-Basis befindlich ist und sich an den hinteren Fortsatz eines unserem Schlüsselbein analogen Knochengebildes anlegt. Um einen kurzen Ausdruck für jenen Knochen zu haben, bezeichnen wir ihn als Postclaviculare, was ebensoviel bedeutet wie „hinter dem Schlüsselbein gelegen". Solche Abkürzungen erleichtern die Beschreibung und sind — wie auch die anderen lateinischen Benennungen der Körpertheile — keineswegs dazu da, um etwa der Forscherthätigkeit einen besonderen Nimbus in den Augen des Laien zu verschaffen. Auf derartige Aeußerlichkeiten legt kein wirklicher Gelehrter irgendwelchen Werth. Nur weil die kurzen lateinischen oder griechischen Ausdrücke praktisch sind, werden sie allerwärts angewandt. Jenes Postclaviculare, dessen Gestalt und Lage uns nunmehr bekannt ist, besitzt ein unteres langes Ende und ein etwas kurzes, wenn wir von der gelenkartigen Ansatzstelle desselben ausgehen. Das lange Ende ist in den Seiten-Rumpfmuskel eingebettet, dessen Fasern sich an dazu geeigneten Verbreiterungen der Knochensubstanz anheften. Das kurze Ende hingegen ist mittels bindegewebsartiger Stränge an das hintere (obere) Ende des Schlüsselbeins (Clavicula) befestigt, so daß auf diese Weise eine Art Hebel gebildet wird, der einen kurzen und einen langen Arm besitzt. Wird letzterer nun durch abwechselnde Zusammenziehungen der seitlichen Rumpfmuskeln vor- und rückwärts bewegt, so versetzt er hierdurch den kleineren Hebel-Arm in schnell auf einander folgende Schwingungszustände. Und da dieser mit der Schwimmblase in direkter Verbindung steht, so überträgt er seine Vibrationen auf deren Wand und Luft-Inhalt, die dadurch in verstärkte Mitschwingungen gerathen, an denen sich wahrscheinlich auch das Schlüsselbein selbst betheiligt. Natürlich vollzieht sich der nämliche Vorgang auf beiden Körperseiten des Fisches, was zur Folge hat, daß durch gleichzeitige Kontraktion der Rumpfmuskeln die Schwimmblase stark komprimirt wird. Dadurch wird die Intensität des Trommel-Geräusches noch erhöht, und es entsteht ein wirbelnder Schall, der Jeden, der ihn zum ersten Male vernimmt, in Verwunderung setzt. Man kann nun, wie bei vielen anderen Erscheinungen in der organischen Natur, auch hinsichtlich der eben geschilderten Trommelvirtuosität die Frage aufwerfen, wozu diese Fähigkeit jenen Fischen nützt, bezw. welchen Zweck sie im Leben derselben erfüllt. Es ist eine zweifache Antwort auf diese Frage möglich, wenn wir unser Urtheil auf anderweitige Beobachtungen in der Thierwelt basiren. Entweder nämlich kann man annehmen, daß der Trommelapparat bei der in Rede stehenden Balistes-Art zur Ausbildung gelangte, um raubgierige Feinde abzuschrecken, oder man neigt sich der Ansicht zu, daß jene sonderbaren Schalleffekte die Rolle von Lockrufen bei der Paarung spielen. Letztere Ansicht wird dadurch unterstützt, daß gewisse südamerikanische Welse zur Begattungszeit ähnliche Geräusche, wie der Balistes aculeatus sie produzirt, hervorbringen, und zwar in ganzen Chören, so daß man sie schwerlich für etwas Anderes, als für willkürliche Locktöne halten kann.

Die primitiven Einrichtungen zur Erzeugung von Schällen, die wir bei den Fischen antreffen, stehen in voller Uebereinstimmung mit der ganz einfachen Beschaffenheit der Gehörorgane dieser Thiere. Es fehlt denselben eine Trommelhöhle und ein Trommelfell. Schall zuleitende Vorrichtungen sind auch nicht vorhanden. Von einer „Schnecke" ist bloß eine schwache Spur zu konstatiren und Gehörknöchelchen, wie sie die höheren Wirbelthiere besitzen, existiren gleichfalls nicht. Dagegen sind ein Vorhof und die bekannten „halbzirkelförmigen Kanäle" zugegen. Nach alledem müssen aber die Fische eine sehr unmusikalische Thiergruppe sein, die im schroffsten Gegensatze zur Vogelwelt steht, in welcher das Vermögen, melodische und rhythmische Laute zu erzeugen, eine staunenswerthe Höhe der Ausbildung erlangt hat.

Großbritannien und Irland.

* **London,** 9. Januar. Wie sich der radikale Abgeordnete Labouchere die zukünftige Gestaltung von Staat und Gesellschaft in England denkt, hat er in der Januar-Nummer der amerikanischen Monatsschrift „Forum" in einem Artikel über „die Demokratie in England" ausgesprochen, den er mit nachstehender Schilderung der Zukunft, nachdem die Demokratie zur Herrschaft gelangt sein wird, schließt: „Die Monarchie wird, ihrer verschwenderischen und kostspieligen Narreteien beraubt, fortdauern. Die Aristokratie, als politischer Führer und erblicher Gesetzgeber, wird verschwinden. Die Staatskirche wird ihrer Dotationen beraubt werden, die Unterrichtszwecken gewidmet werden. Unsere großen Grundbesitzer werden durch die Wirkung der Naturgesetze von der Oberfläche des Landes weggewischt werden und der Pächter des Bodens wird für alle Zwecke sein Eigenthümer werden. Die Steuern werden so vertheilt werden, wie sie die Schultern am besten ertragen können. Der Schulunterricht wird frei sein und sein Spielraum vergrößert werden. Alte Vorrechte, die dem Gesetz zu verdanken sind, werden weggefegt werden. Die gesellschaftlichen Abgrenzungen zwischen den Klassen werden weniger scharf definirt sein. Sparsamkeit wird die Verschwendungssucht in unseren Staatsdepartements ersetzen. Sinekuren und übertriebene Gehälter werden nicht länger existiren. Unsere auswärtige Politik wird sich die der Vereinigten Staaten zum Vorbild nehmen. In unseren Dörfern werden Dorfräthe die Herrschaft der Junker und der Pfaffen ersetzen. Es wird weniger reiche und weniger sehr arme Leute im Lande geben. Jede mit der Demokratie im Widerspruch stehende Einrichtung wird verschwinden. Irland wird für lokale Angelegenheiten sein eigenes Parlament und seine eigene Exekutive haben und wird eine Quelle der Stärke und nicht länger eine der Schwäche für das Reich sein. Dieser Neuerung wird wahrscheinlich eine allgemeine Föderalisation des Vereinigten Königreichs folgen. England, Wales und Schottland werden, wie Irland, ein lokales Parlament haben und ein Reichssenat wird unsere gegenwärtigen Lords und Gemeinen ersetzen." Wenn die demokratischen Grundsätze einmal völlig zur Herrschaft gekommen sind, wird die Reform von Staat und Gesellschaft in England wahrscheinlich in manchen Punkten doch noch etwas gründlicher zu Werke gehen, als Labouchere es sich vorstellt.

Militärisches.

* **Der kommandirende General des 5. Armeekorps, Generallieutenant Frhr. v. Hilgers,** ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 8. Januar als General der Infanterie mit Pension zur Disposition gestellt worden.

Parlamentarische Nachrichten.

— Die Rechnungs-Kommission des Reichstages beschäftigte sich Freitag Abend wiederum mit der Frage der Justifizirung Allerhöchster Kabinetsordres. Die Notate der Ober-Rechnungskammer wurden in erster Lesung bis auf zwei für erledigt erklärt. Die zweite Lesung soll am 14. Januar stattfinden. Die Kommission beschloß einstimmig, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage in nächster Session a. einen Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts, b. einen Gesetzentwurf, betreffend die Einrichtung und Befugnisse des Rechnungshofes, vorzulegen.

Zur Wahlbewegung.

d. **Das polnische Provinzial-Wahlkomite** hat unter dem 13. d. Mts. an die Vorsitzenden der polnischen Kreis-Wahlkomites die Aufforderung gerichtet, die Kreis-Wählerversammlungen zu berufen, auf deren Tagesordnung zu stellen ist: Die Wahl von je 3 Kandidaten auf einen Abgeordneten zum Reichstage, und die Angelegenheit der Wahl-Organisation und der Wahlkassen, wobei insbesondere auch die Wahl von Subkomites (eines für jeden Distrikt) dort, wo dieselben noch nicht vorhanden sind, ins Auge zu fassen sei. Auch fordert das Provinzial-Wahlkomite die Kreis-Wahlkomites auf, durch Vermittelung der Subkomites und der Vertrauensmänner die Wählerlisten revidiren zu lassen. Als letzter Termin für die Kreis-Wählerversammlungen wird der 2. Februar festgestellt; am 4. Februar tritt hier alsdann die Delegirten-Versammlung mit dem Provinzial-Wahlkomite behufs Aufstellung der Kandidaten für die einzelnen Wahlkreise zusammen.

d. **In der Wählerversammlung deutscher Katholiken,** welche neulich in Konitz stattfand, wurde von den Wählern die Erklärung abgegeben, daß sie bei den diesmaligen Reichstagswahlen nicht für den Kandidaten der Polen stimmen, sondern einen eigenen Kandidaten (Propst Gehrt in Lichnow) aufstellen würden. Der Vorsitzende des polnischen Kreis-Wahlkomites, Propst Dr. Wolszleger, hat nun in den polnischen Zeitungen eine Erklärung erlassen, in welcher er darauf hinweist, daß bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhause die Polen für den Propst Hasse zu Schlochau gestimmt und durch ihre Stimmen dazu beigetragen haben, daß derselbe gewählt wurde; es sei dies in der Voraussetzung geschehen, daß bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die deutschen Katholiken für den polnischen Kandidaten stimmen würden.

— **Görlitz,** 10. Januar. [Freisinnige Versammlung.] Im zweiten sächsischen Reichstagswahlkreise fand im Saale des Pohl'schen Gasthofes des nahen Cunewalde am 7. d. Mts. eine freisinnige Versammlung statt, welche von über 800 Personen besucht war. Als Redner trat Oberlehrer Haupt-Leipzig auf, welcher über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach und zum Schluß den Sozialdemokraten R. Postelt-Dresden zu widerlegen hatte. Die freisinnige Partei hat hier, trotzdem 1887 die Kartellparteien siegten, große Chancen.

Aus der Provinz Posen
und den Nachbarprovinzen.

* **Bromberg,** 12. Januar. [Historische Gesellschaft zu Bromberg.] In der Hauptversammlung der Historischen Gesellschaft am gestrigen Tage hielt Postrath Hoffmann einen Vortrag über „hundertjährige Arbeit auf den Gebieten des Verkehrswesens der deutschen Ostmark. Dem Vortrage, so schreibt die „O. Pr." lag eine Karte zu Grunde, welche dem historischen Verein von dem Herrn Ober-Postdirektor zugegangen, auf der die Entwickelung und die Ausbreitung der Postverkehrsanlagen in den der Ober-Postdirektion in Bromberg unterstellten Landstrichen zu verschiedenen Zeitperioden dargestellt war. Die Karte veranschaulichte zunächst die Postanlagen, welche nach dem Uebergange der betreffenden Landestheile in die preußische Herrschaft gegen Ausgang des vorigen Jahrhunderts geschaffen wurden, und stellte ferner dar, wie sich die Weiterentwickelung in den folgenden Perioden zunächst bis 1817 (Einführung der Stein-Hardenbergschen Verwaltungsreform), dann bis 1850 (Errichtung der Oberpostdirektion und Beginn des Eisenbahnbaues in hiesiger Gegend), ferner 1850—1870 (Errichtung der Reichspostverwaltung und Uebernahme der Leitung des Post- und Telegraphenwesens durch Dr. v. Stephan), sowie von 1870 bis zur Gegenwart gestaltet hat. Der Vortragende schilderte den traurigen Zustand der Verkehrsanlagen in den früher polnischen Landestheilen zur Zeit der ersten und zweiten Theilung Polens, die Schwierigkeiten, mit denen die Organisirung der Posten in diesen Landestheilen vor 100 Jahren verknüpft gewesen ist, den Zustand der Postbeförderungsmittel und Wege zu damaliger Zeit und in ihrer ferneren Entwickelung bis in die Gegenwart hinein. Er schloß mit der Darstellung der außerordentlichen Entwickelung, welche der Postverkehr auch in der hiesigen Gegend in Folge des Aufschwunges des wirthschaftlichen Lebens und unter der Wirkung der von der Reichspostverwaltung eingeführten Verkehrsreformen genommen hat. Der fast $1\frac{1}{4}$ stündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ueber die Thätigkeit im verflossenen Jahre erstattete demnächst der Vorsitzende, über die Erwerbung einiger neuer Sammlungen Gymnasiallehrer Dr. Erich Schmidt Bericht. Letzterer referirte demnächst über die Burgruine „Bydgoszcz" im Zuckersiedereigarten: Bei den vom Verein angestellten Untersuchungen sei man zu dem Schlusse gekommen, daß das Schloß um das Jahr 1657 erbaut worden sei. Die Nachforschungen des Vereins, wo eine von alten Historikern vielfach genannte Burg „Wisigrod" sich befunden habe, hätten zu keinem bestimmten Resultat geführt. Die Annahme, daß die bei Fordon belegenen sogenannten „Schwedenschanzen" diese Burg gewesen, hat sich als nicht richtig erwiesen. Hinsichtlich dieser sei im letzten Sommer seitens des Vereins festgestellt worden, daß sie ein alter Ringwall aus prähistorischer Zeit gewesen. Es sei nämlich auch nicht die Spur von Burg- bezw. Mauerresten, dagegen viele Scherben, Knochen und Geräthe dort gefunden worden, welche darauf schließen lassen, daß diese Hügel noch aus heidnischer Zeit herrührten. Demnächst erwähnte Dr. Schmidt, in Wudzinek seien in einigen Steinkistengräbern eine Anzahl sehr werthvoller Urnengefäße gefunden und der Sammlung des Vereins einverleibt. — Demnächst theilte der Vorsitzende noch mit, daß der Herr Minister 2000 Mark zur Herstellung eines Raumes für die historischen Sammlungen in der Nonnenkirche bewilligt habe. — Stadtrath Franke erstattete den Kassenbericht. Der Bestand im vorigen Jahre betrug 817,74 M., die Beiträge der Mitglieder 540 M., die Einnahme an Zinsen 30,83 M., zusammen 1388,57 M.; die Ausgabe stellt sich wie folgt zusammen: für Inventarstücke 50 M., für Bibliothek 75 M., an die historische Gesellschaft in Posen für Jahrbücher 320,40 M., Beitrag an Vereine 20,90 M., für Fundstücke 1,60 M., für Ausgrabungen 55,80 M., Unkosten 100,95 M., alles zusammen 625,55 M., der Bestand 763,02 M. Der bisherige Vorstand wurde durch Akklamation wiedergewählt. — Nach Schluß der Versammlung vereinigten sich die Mitglieder zu einem geselligen Zusammensein.

Lokales.

Posen, 14. Januar.

d. **Eine nachträgliche Weihnachtsbescheerung** für ca. 300 arme polnische Kinder fand am 12. d. M. Abends im Knollschen Saale hierselbst statt. Die dazu erforderlichen Mittel waren durch die vom „Dziennik Pozn." veranstalteten Sammlungen aufgebracht worden. Sowohl der Chef-Redakteur des „Dziennik Pozn.", Dobrowolski, als der anwesende Propst Dr. Lewicki (von der St. Martinskirche) forderten bei dieser Gelegenheit die Kinder zum eifrigen Lesen polnischer Bücher auf; Propst Dr. Lewicki betonte, daß der polnische Sprach-Unterricht im elterlichen Hause gepflegt werden müsse, und daß dies zu den Hauptpflichten der polnischen Väter und Mütter gehöre.

* **Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet ein Bettler und ein Barbiergehilfe, letzterer weil er verdächtig ist, einem hiesigen Buchhalter eine goldene Uhr gestohlen zu haben. — Beschlagnahmt: drei trichinöse Schweine. — Ins Polizeigewahrsam gebracht: ein Betrunkener, welcher hilflos auf dem Grünen Platze gelegen hatte. — Entlaufen: ein neufundländer Hund von Barlebenshof 8. — Verloren: ein schwarzer Pelzkragen auf dem Wege von Jersitz nach dem Bahnhofe.

* **Verkehrsstörung.** Gestern Mittag brach in der Grabenstraße an einem Lastwagen die rechte Vorderachse. Der Kutscher fiel in Folge dessen vom Wagen auf das Trottoir, hat sich aber glücklicher Weise dabei nicht verletzt. Die Passage war dort durch diesen Unfall auf eine halbe Stunde gestört.

* **Eine aufregende Szene** spielte sich gestern bei einem Fleischer in Jersitz ab. Ein junger kräftiger Bulle, welcher geschlachtet werden sollte, hatte sich seiner Fesseln entledigt und wüthete auf dem Hofe umher. Erst nach 2 Stunden gelang es, das Thier zu bändigen.

Handel und Verkehr.

** **Berlin,** 11. Januar. Stärke und Stärke-Fabrikate. (Bericht von Max Sabersky.) Ia. Kartoffelmehl $16\frac{1}{2}$—$17\frac{1}{2}$ M., Ia Kartoffelstärke $16\frac{1}{2}$—$17\frac{1}{2}$ M., IIa. Kartoffelmehl und Stärke $14\frac{1}{2}$—$15\frac{1}{2}$ M., feuchte Kartoffelstärke loko und Parität Berlin 7,60 M., Frankfurter Syrupfabriken zahlen frei Fabrik Frankfurt a. O. 7,30 M., gelber Syrup 18—$18\frac{1}{2}$ M., Capillair-Export 20 bis $20\frac{3}{4}$ M., do. Syrup 19—20 M., Kartoffelzucker-Capillair $18\frac{3}{4}$ bis $19\frac{3}{4}$ M., do. gelber $17\frac{3}{4}$—$18\frac{1}{4}$ M., Rum-Couleur 34—36 M., Bier-Couleur 34—36 M., Dextrin gelb und weiß Ia. $26\frac{1}{2}$—$27\frac{1}{2}$ M., do. sekunda $23\frac{1}{2}$—$24\frac{1}{2}$ M., Weizenstärke (kleinst.) 36—37 M., do. (großst.) $39\frac{1}{2}$—$40\frac{1}{2}$ M., Hallesche und Schlesische $39\frac{1}{2}$—$40\frac{1}{2}$ M., Schabe-Stärke 26 M., Maisstärke 30—31 M., Reisstärke (Strahlen-) $45\frac{1}{2}$—47 M., do. (Stücken) 43—44 M. Alles per 100 Kilo ab Bahn bei Partien von mindestens 10 000 Kilo.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 14. Januar. [Privat-Telegramm der „Pos. Zeitung."] In unterrichteten Kreisen gilt die Verbindung der Prinzessin Margarethe mit dem Zarewitsch und der Uebertritt der Prinzessin zur russischen Kirche als gewiß.

London, 14. Januar. Die „Times" veröffentlicht den Wortlaut des britischen Ultimatums, nach welchem letzteres durch ein Telegramm des britischen Konsuls in Mozanbique veranlaßt wurde, demzufolge Piutos Expedition im Makololande die besetzten Punkte befestige und mit Besatzungen versehe. Daraufhin forderte Salisbury peremptorisch Räumung von Shire, Makololand und Maschowaland.

Paris, 14. Januar. Die Zeitungen tadeln fast einstimmig das schroffe Verfahren Englands gegenüber Portugal als eine Verletzung des Protokolls der Berliner Konferenz.

Madrid, 14. Januar. Nach einem Bulletin von heute Morgen 2 Uhr ist das Befinden des Königs unverändert, die Besserung dauert fort.

Hannover, 14. Januar. Der Ausschuß des Rhein-Weser-Elbe-Kanals beschloß heute unter Vorsitz des Landesdirektors Hammerstein die Absendung einer Deputation an den Minister der öffentlichen Arbeiten, um die Fortsetzung des Dortmund-Ems-Kanals nach der Weser und Elbe einerseits und nach dem Rheine andererseits anzustreben. Die Deputation wird bestehen aus Vertretern von größeren Städten, welche letztere von dem Kanal berührt werden, sowie aus solchen aus Hannover, Bremen, Magdeburg und Berlin.

Börse zu Posen.

Posen, 14. Januar. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —,— L. Kündigungspreis (50er) 49,70, (70er) 30,20. (Loko ohne Faß) (50er) 49,70, (70er) 30,20.
Gestrige Notiz: 50er 49,90, 70er 30,40.
Posen, 14. Januar. [Börsenbericht.]
Spiritus matt. (Loko ohne Faß) (50er) 49,70, (70er) 30,20.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 14. Januar. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 13.			Not. v. 13.
Weizen flau			**Spiritus** matt		
pr. April-Mai	201 50	202 75	70er loko o. Faß	32 20	32 30
„ Juni-Juli	201 50	202 75	70er Dez.-Januar	31 50	31 70
Roggen flauer			70er April-Mai	32 70	32 90
„ April-Mai	177 —	178 50	70er Juni-Juli	34 40	34 60
„ Juni-Juli	175 25	176 75	50er loko o. Faß	51 40	51 40
Rüböl matt					
pr. Januar	67 50	67 50			
„ April-Mai	63 70	63 90			
Hafer					
pr. Januar	169 75	— —			

Kündigung in **Roggen** 50 Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) —,000 Liter, (50er) —,000 Liter.

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen)		Not. v. 13.
do. 70er loko	32 20	32 30
do. 70er Januar . .	31 60	31 70
do. 70er Januar-Febr.	31 60	31 70
do. 70er April-Mai .	32 70	32 90
do. 70er Aug.-Septbr.	34 40	34 60
do. 50er loko	51 40	51 30

		Not. v. 13.			Not. v. 13.
Konsolidirte 4% Anl.	106 70	106 90	Poln. 5% Pfandbr.	67 30	66 50
„ 3½% „	103 50	103 50	Poln. Liquid.-Pfdbr.	61 90	61 50
Pos. 4% Pfandbriefe	101 10	101 10	Ungar. 4% Goldrente	88 30	88 —
Pos. 3½% Pfandbr.	99 90	99 90	Ungar. 5% Papierr.	86 60	86 50
Pos. Rentenbriefe	104 —	104 —	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	181 60	181 10
Oestr. Banknoten	173 —	173 90	Oest.-Fr. Staatsb. ultimo	101 50	101 50
Oestr. Silberrente	76 75	76 70	Lombarden ultimo	60 75	61 25
Russ. Banknoten	227 10	227 50	**Fondstimmung**		
Russ 4½% BdkrPfdbr.	99 80	99 90	fest		

Ostpr. Südb. E. S. A.	87 50	86 60	Schwarzkopf	264 —	262 60
Mainz Ludwighf. dto	123 —	121 25	Königs- u. Laurah.	176 60	177 —
Marienb. Mlaw. dto	58 50	57 75	Dortm. St. Pr. La. A.	133 25	134 —
Italienische Rente	94 60	94 40	Inowrazl. Steinsalz	60 25	59 75
Russ 4% konf. Anl 1880	94 25	94 25	Ultimo:		
dto. zw. Orient. Anl.	71 40	70 75	Dux-Bodenb. Eisb. A	212 75	214 50
dto. Präm.-Anl 1866	160 —	160 —	Elbethalbahn „ „	98 60	99 —
Rum. 6% Anl. 1880	103 90	103 25	Galizier „ „	81 10	81 —
Türk. 1% konf. Anl.	18 —	17 75	Schweizer Ctr „ „	147 80	146 30
Pos. Provinz. B. A.	— —	— —	Berl. Handelsgesell.	206 50	206 —
Landwirthschft. B. A.	— —	— —	Deutsche B. Akt.	181 75	181 25
Pos. Spritfabr. B. A.	— —	— —	DiskontoKommandit	253 50	251 90
Gruson Werke	170 —	167 50	Russ. Bankf. ausw. H.	78 —	76 75

Nachbörse: Staatsbahn 101 40, Kredit 181 40, Diskonto-Kom. 253 10

Stettin, 14. Januar. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 13.			Not. v. 13.
Weizen matt			**Spiritus** matt		
April-Mai	197 —	197 50	per loko 50 M. Abg.	51 —	51 20
Mai-Juni	197 —	197 50	„ „ 70 „ „	31 70	31 20
			„ Dez. 70 „ „	— —	— —
Roggen matt			„ 70 „ „	— —	
April-Mai	175 50	176 50	„ April-Mai 70 M.	32 20	32 50
Mai-Juni	175 —	175 50			
			Petroleum*)		
Rüböl still			do. per loko	12 30	12 30
Januar	67 —	67 —			
April-Mai	63 70	64 —			

*) **Petroleum** loco versteuert Usance 1¼ pCt.

Wetterbericht vom 13. Januar, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv reduz. in mm.	Wind.		Wetter.	Temp i. Cels. Grad.
Mullaghmore	757	SW	2	halb bedeckt	7
Aberdeen .	751	SW	4	halb bedeckt	8
Christiansund	750	OSO	4	bedeckt	4
Kopenhagen	764	S	1	Nebel	1
Stockholm.	761	still		bedeckt	— 5
Haparanda	759	SSO	2	bedeckt	— 7
Petersburg	—				
Moskau .	—				
Cork, Queenst	763	W	4	heiter	9
Cherbourg	768	SSW	4	Nebel	10
Helder . .	766	SSW	2	halb bedeckt	4
Sylt . .	764	W	1	wolkenlos [1])	2
Hamburg .	765	NW	1	bedeckt [2])	3
Swinemünde	765	ONO	1	halb bedeckt [3])	— 1
Neufahrwass.	762	N	2	bedeckt	1
Memel . .	761	NNO	2	bedeckt	— 3
Paris . .	761	S	1	Nebel	— 1
Münster .	767	W	5	bedeckt	0
Karlsruhe .	771	SW	2	wolkenlos	2
Wiesbaden	769	W	2	wolkig [4])	4
München .	769	W	6	bedeckt	1
Chemnitz .	765	NW	5	Regen [5])	1
Berlin . .	764	N	4	bedeckt [6])	1
Wien . .	761	W	3	bedeckt	3
Breslau .	761	O	1	bedeckt	— 1
Ile d'Aix .	773	SSO	2	Nebel	10
Nizza . .	763	O	4	heiter	6
Triest . .	763			bedeckt	6

[1]) Dunst. [2]) Abends stürmisch, starker Regen. [3]) Abends Schnee. [4]) Gestern Vormittags anhaltend Regen. [5]) Nachts anhaltend Regen. [6]) Gestern Nachmittags Schnee, später Regen.

Deutsche Seewarte.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.